

Bedenken haben eher noch zugenommen

Bund der Steuerzahler zur Linie 4: Ratsentscheidung hätte möglicherweise nicht gefällt werden dürfen

VON SIEGFRIED DBISMANN

Lilienthal. Post vom Bund der Steuerzahler (BdSt) Niedersachsen und Bremen hat jetzt mal wieder die Gemeinde Lilienthal bekommen. Thema: die Linie 4 und ihre Verlängerung von Borgfeld bis nach Falkenberg. Im Blick haben die Steuerwächter – nicht zum ersten Mal – vor allem die zu erwartenden Kosten für das nicht unumstrittene Ländergrenzen überschreitende Bauwerk. Unterstützung im Kampf gegen die Straßenbahnlinie 4 hatte sich bereits vor einiger Zeit auch die Initiative Pro Lilienthal beim BdSt geholt. In der Folge konnte sie sich durch kritische Stellungnahmen des Steuerzahlerbundes dann auch durchaus in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt fühlen.

Bestätigt in seiner eigenen „kritischen Haltung“ sieht sich der Steuerzahlerbund wiederum durch die neuerliche Überprüfung der aktuellen Zahlen zur Linie 4. Nicht nur das: Hinsichtlich der Finanzierbarkeit der Investitionen, vor allem vor dem Hintergrund stark rückläufiger Gewerbesteuerentnahmen, würden sich die Bedenken des

BdSt „mehren“. Die Bereitstellung der künftig erforderlichen Mittel für Zinszahlung und Tilgung würden dadurch erschwert, zudem sei die Haushaltslage der Gemeinde Lilienthal ohnehin schwierig, was auch der sehr hohe Gesamtschuldenstand von 2968 Euro pro Kopf zum 31. Dezember 2008 zum Ausdruck bringe.

„Gesamtbelastung unterschätzt“

Doch auch die künftige jährliche Gesamtbelastung ab Fertigstellung der Linie 4 werde unterschätzt, entnehmen die BdSt-Verantwortlichen Bernhard Zentgraf und Daniel Kaspar den Zahlen einer Beschlussvorlage der Verwaltung: „Die Entscheidung des Gemeinderates für die Straßenbahnverlängerung der Linie 4 im Mai 2009 hätte auf Basis dieser Vorlage möglicherweise nicht gefällt werden dürfen.“

Die jährliche Gesamtbelastung der Gemeinde Lilienthal werde nach einer Berechnung des BdSt statt rund 650 000 Euro knapp über eine Million Euro betragen. Durch entfallende Zuschüsse für den Regionalbusverkehr der Linien 630 und 670 sowie

die Einstellung der Buslinie 30 läge die Gesamtbelastung noch bei 478 889 Euro. „Das ist deutlich mehr als die Gemeinde für den ÖPNV mittels Bus für die Linie 30 und die zusätzlichen Fahrten der Linie 630 und 670 zahlen müsste.“ Im Übrigen stelle sich die Frage, ob die zusätzlichen Fahrten der Linien 630 und 670 wirklich wegfallen und in dem angenommenen Maße zu einer Entlastung führen.

Der Bund der Steuerzahler bittet in seinem Schreiben auch um eine Stellungnahme von Bürgermeister Hollatz. Die werde der Steuerzahlerbund auch bekommen, erfuhren wir gestern auf Anfrage im Rathaus, wobei Willy Hollatz um Verständnis dafür bat, dass man die Angelegenheit zunächst in Ruhe bewerten wolle. Auf den ersten Blick sei ihm zunächst aufgefallen, dass sich in dem BdSt-Schreiben ähnliche Aussagen fänden wie in Anfragen der Initiative Pro Lilienthal. Es sei jedoch dem Gesamtprojekt geschuldet, die Fragen sorgfältig aufzuarbeiten, weshalb er auch jetzt noch nicht auf konkrete Zahlen eingehen könne.